

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 3461
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/8694

Verteilung der Mittel des Nachtragshaushaltes für die Flüchtlingsunterbringung in Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 3461 vom 14.03.2014:

Für die Unterbringung von Flüchtlingen wurde im Nachtragshaushalt 2013/14 12,7 Millionen bereitgestellt, um die Unterbringung und die Situation von Flüchtlingen im Land Brandenburg zu verbessern.

Der Nachtragshaushalt sah folgende Verteilung der Mittel vor: 7,7 Millionen Euro wurden für die Zentrale-Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) des Landes in Eisenhüttenstadt (Oder-Spree) vorgesehen. Das Geld wurde für kurzfristige Unterkünfte, mehr Betreuung und den Einsatz von Psychologen und Sozialarbeitern verplant. Die restlichen fünf Millionen Euro sollen einmalig 2014 an die Kommunen verteilt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchem Verfahren und nach welchen Kriterien werden fünf Millionen Euro aus dem Nachtragshaushalt von der Landesregierung an die Kommunen verteilt?
2. Welche Kommunen werden Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen bekommen?
3. Welche Unterbringungsmöglichkeiten konnten aus dem Bestand der Kommunen für Asylbewerber angeboten oder zur Verfügung gestellt werden?
4. Welche Unterkünfte für Asylbewerber und Asylbewerberinnen wurden in den Kommunen neu geplant und gebaut?
5. Welche Unterstützung bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen wurden den Kommunen angeboten?
6. Welche Maßnahmen zur Integration von AsylbewerberInnen (Sprachkurse/Patenschaften/Willkommenskultur) konnten neben der Unterbringung von den Gemeinden noch geleistet werden?
7. In welchem Umfang werden Mittel des Nachtragshaushalts für die Kosten der Vereinsvormundschaften von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vorgesehen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie (MASF) die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Nach welchem Verfahren und nach welchen Kriterien werden fünf Millionen Euro aus dem Nachtragshaushalt von der Landesregierung an die Kommunen verteilt?

Frage 2: Welche Kommunen werden Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen bekommen?

Frage 3: Welche Unterbringungsmöglichkeiten konnten aus dem Bestand der Kommunen für Asylbewerber angeboten oder zur Verfügung gestellt werden?

Frage 4: Welche Unterkünfte für Asylbewerber und Asylbewerberinnen wurden in den Kommunen neu geplant und gebaut?

Zu Fragen 1 bis 4:

Im Rahmen des Landtagsbeschlusses zum Nachtragshaushalt 2014 wurde in Kapitel 20 030 (Kommunaler Finanzausgleich) ein neuer Titel 633 14 mit der Zweckbestimmung „Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für die verbesserte Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen“ mit einem Ansatz von fünf Millionen Euro eingerichtet. Nach der Begründung im Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2013/2014 sind die Mittel zur Finanzierung einer verbesserten Unterbringung der ausländischen Flüchtlinge vorgesehen. Gemäß den „Empfehlungen zum Änderungsbedarf der Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung“ (DS 5/4573) soll insbesondere pro Person eine Wohnfläche von mindestens 8 qm perspektivisch verbindlich eingeführt werden.

Die Ausreichung der Mittel an die Kommunen erfolgt auf Grundlage der bestehenden Finanzierungssystematik der Verordnung über die Kostenerstattung für die Aufnahme der Spätaussiedler und ausländischen Flüchtlinge in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg (Erstattungsverordnung).

Um eine gleichmäßige Verteilung der Mittel auf die Kommunen sicherzustellen, wird die Summe von fünf Millionen Euro entsprechend der im Jahr 2014 geltenden Verteilung der ausländischen Flüchtlinge auf die Kommunen zur Abrufung bereit gestellt. Die jeweilige kommunale Verteilungsquote zur Aufnahme von Asylbewerbern ist in § 2 der Verordnung über die landesinterne Verteilung von spätausgesiedelten Personen und ausländischen Flüchtlingen (Verteilungsverordnung) festgelegt und orientiert sich im Wesentlichen an der Bevölkerungszahl der Kommunen. Eine Auszahlung der Mittel an die Kommunen erfolgt bei Verwirklichung der nachfolgenden drei weitgehend gleichberechtigten Finanzierungstatbestände:

1. Aufstockung des gesetzlichen Anspruchs gemäß § 6 Abs. 2 Satz 2 Gesetz über die Aufnahme von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen im Land Brandenburg (Landesaufnahmegesetz_LAufnG) [Investitionspauschale für Gemeinschaftsunterkünfte in Höhe von 2.300,81 Euro pro Platz] in Höhe der nachgewiesenen Kosten von zusätzlich bis zu 2.700 Euro pro Platz für die Errichtung und Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften,
 - a) wenn für jede Person eine Wohnfläche von mindestens 8 qm zur Verfügung steht und
 - b) im Übrigen die Gemeinschaftsunterkunft den Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung nach der Erstattungsverordnung zum LAufnG ge-

mäß dem Runderlass des MASGF vom 8. März 2006 entspricht. Dabei sollen neue Kapazitäten zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften an Standorten mit Zugang zu sozialer Infrastruktur und zum öffentlichen Personennahverkehr und nicht außerhalb geschlossener Ortschaften geschaffen werden.

2. Erstattung in Höhe der nachgewiesenen Kosten von bis zu 2.500 Euro pro Platz für die Wiederherstellung und Einrichtung von Wohnungen,
 - a) wenn für jede Person eine Wohnfläche von mindestens 8 qm zur Verfügung steht und
 - b) im Übrigen die Wohnung in entsprechender Anwendung den Grundsätzen der „Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung nach der Erstattungsverordnung zum LAufnG“ gemäß dem Runderlass des MASGF vom 8. März 2006 entspricht. Dabei sollen neue Kapazitäten zur Unterbringung in Wohnungen an Standorten mit Zugang zu sozialer Infrastruktur und zum öffentlichen Personennahverkehr geschaffen werden.
3. Erstattung in Höhe der nachgewiesenen Kosten, insgesamt jedoch maximal bis zur Hälfte der Höhe des jeweiligen kommunalen Kontingents, für die Investitionskosten für Maßnahmen zur Verringerung von Barrieren und für die Schaffung von gemeinschaftlich nutzbaren Räumlichkeiten (wie z.B. Krankenzimmer, Betreuungsraum, Gemeinschaftsraum, Spielzimmer) in Gemeinschaftsunterkünften.

Voraussetzung für die Erstattung an die Kommunen ist die vorherige verbindliche Anzeige des Vorhabens von konkreten Maßnahmen. Nach Durchführung der Maßnahmen, spätestens bis zum 30. November 2014, beantragen die Kommunen beim Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) die Erstattung der Mittel. Dazu bestätigen sie in formularmäßiger Form die Durchführung der Maßnahmen und die dafür entstandenen Gesamtkosten. Die entsprechenden belegmäßigen Nachweise sind von den Kommunen nur auf Anforderung des LASV in begründeten Einzelfällen vorzulegen.

Auf vorherigen Antrag der Kommune und im Einzelfall kann das LASV in Abstimmung mit dem MASF abweichende Regelungen treffen. Dies gilt insbesondere, wenn aufgrund der Besonderheiten einer Baumaßnahme eine Fertigstellung erst nach 2014 erfolgen kann. In diesem Fall kann das LASV bereits im Jahr 2014 eine Erstattung leisten, wenn für abrechenbare Teilleistungen entsprechende Kosten nachgewiesen werden. Zur Steuerung der Ausreichung der zusätzlichen Mittel soll zum 30. Juni 2014 eine Zwischenabfrage bei den Kommunen über die geplanten Maßnahmen nach Punkt 3. erfolgen. Falls diese Abfrage ergibt, dass eine Kommune danach ihr Kontingent nicht ausschöpfen kann, werden die entsprechenden (Rest-)Beträge den anderen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Dem Land Brandenburg liegen keine Informationen über Unterkunftsmöglichkeiten aus kommunalen Beständen vor. Mit Stand vom 20. März 2014 wurden beim LASV zwei Anträge und drei Anfragen aus den Kommunen zur Verteilung der Mittel aus dem Nachtragshaushalt gestellt. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark möchte in Stahnsdorf eine Gemeinschaftsunterkunft mit 152 Plätzen bis Juni 2014 errichten. Die Stadt Cottbus möchte in der Hegelstraße eine Gemeinschaftsunterkunft mit 31 Plätzen errichten. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz hat eine Gemeinschaftsunterkunft in Lauchhammer mit 100 Plätzen angezeigt. Die Stadt Potsdam und der Landkreis Havelland haben auch die Schaffung von neuen Plätzen mit 8 qm angezeigt, aber es liegen noch keine Anträge vor. Ein genauerer Überblick über die geplanten Maßnahmen in den Kommunen kann erst mit dem Ergebnis der bereits weiter oben benannten Abfrage zum 30. Juni 2014 gegeben werden.

Frage 5: Welche Unterstützung bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen wurden den Kommunen angeboten?

Zu Frage 5:

Die Aufnahme und vorläufige Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ist gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 LAufnG den Landkreisen und kreisfreien Städten als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung übertragen und damit eine kommunale Aufgabe. Über die oben dargestellten bestehenden Erstattungsregelungen und das 5-Millionen-Sofortprogramm hinausgehende Unterstützungsleistungen des Landes wurden den Kommunen weder angeboten noch nachgefragt.

Frage 6: Welche Maßnahmen zur Integration von AsylbewerberInnen (Sprachkurse/Patenschaften/Willkommenskultur) konnten neben der Unterbringung von den Gemeinden noch geleistet werden?

Zu Frage 6:

Bezüglich weiterer Maßnahmen der Gemeinden zur Integration von Asylbewerberinnen und –bewerbern vor Ort können keine Angaben gemacht werden, da dem Land zusätzliche Leistungen der Kommunen im Einzelnen nicht bekannt sind.

Seitens des Landes erfolgt derzeit keine zusätzliche Förderung für Integrationsmaßnahmen an die Kommunen. Das MASF hat jedoch zur Verbesserung der Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern über die Mittel des Nachtragshaushalts hinaus aus Lotto-Mitteln die Stellen für überregionale Flüchtlingsberatung für 2014 um insgesamt fünf halbe Personalstellen aufgestockt.

Zudem startet in Übereinstimmung mit dem Entschließungsantrag des Landtages vom 19. November 2013 (DS 5/8221) das ESF-geförderte Programm „Deutschkurse für Flüchtlinge“ zum 1. April 2014 mit einer Laufzeit bis zum 31. Mai 2015. In Brandenburg kommen Integrationskurse des Bundes zum Erlernen der deutschen Sprache häufig aufgrund zu geringer Teilnehmerzahlen nicht zustande. Für die zu fördernde Zielgruppe von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die nicht zu den Integrationskursen zugelassen sind, sollen diese Strukturen genutzt werden. Mit einem Stundenumfang von bis zu 600 Stunden sollen der Wortschatz für den Alltagsgebrauch vermittelt und die sprachlichen Barrieren für den Zugang zum Arbeitsmarkt reduziert werden (zu weitergehenden Informationen siehe <http://www.lasa-brandenburg.de/Deutschkurse-fuer-Fluechtlinge.1877.0.html m.w.>).

Frage 7: In welchem Umfang werden Mittel des Nachtragshaushalts für die Kosten der Vereinsvormundschaften von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen vorgesehen?

Zu Frage 7:

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der Fragen 1 bis 4 verwiesen: Im Rahmen des 5-Millionen-Sonderprogramms des MASF zur Umsetzung des Nachtragshaushalts 2014 werden ausschließlich Maßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung finanziert. Die Kosten von Vereinsvormundschaften entsprechen daher nicht den Finanzierungstatbeständen, so dass diesbezüglich auch keine Mittel des Nachtragshaushalts vorgesehen sind.